

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pabn d



Inhalt

Fritz Sänger macht Anmerkungen zur Regierungsreaktion auf Pressestimmen zur Affäre Wörner/Kohl: Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.

Seite 1

Erich Berschkeit MdB stellt dar, wie zynisch das Sozialministerium mit einer schwerbehinderten Mutter umging: Im Zeichen der geistig-moralischen Erneuerung.

Seite 3

Gerhard Schröder MdB nimmt Stellung zum geplanten neuen Personalausweis: Abschied von Erika Mustermann?

Seite 5

Dokumentation

Dr. Jürgen Schmude, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, bekam kürzlich von einer Lehrerin eine ausführliche Darstellung der Angsttrume von 13jahrigem. Wir dokumentieren seine Antwort.

Seite 6

39. Jahrgang / 26

6. Februar 1984

Die Affäre Wörner/Kohl ist nicht abgeschlossen

Anmerkungen zum Umgang der Regierung mit der freien Presse

Von Fritz Sänger

Die Affäre Wörner/Kohl ist nicht abgeschlossen, die aus der schändlichen Verleumdung des General Kiebling entstanden ist. Die Aktionen einiger führender Politiker in Staatsämtern, die sie gegen "die Presse" unternahmen, werden noch eine Fortsetzung finden. Es ist unbegreiflich und für Politiker im Amt des Staates unverantwortlich, wie sie die Presse anzugreifen für richtig halten, deren Aufgabe im Grundgesetz deutlich und wiederholt durch höchstrichterliche Entscheidungen noch zusätzlich überzeugend festgestellt wurde.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes, hat im Saarländischen Rundfunk folgende Aussage für angebracht gehalten: "Was mich bedrückt ist die Art und Weise, wie ein Teil der deutschen Presse versucht, einen verdienten deutschen Politiker fertig zu machen, ohne dabei die Achtung vor der Würde eines Menschen und vor den Interessen unseres Staates im Auge zu behalten." Immerhin hat diese Aussage vorsichtig von "einem Teil der deutschen Presse" gesprochen und mithin einen anderen Teil nicht in die dennoch unverständliche und sachlich unbegründete Rüge einbezogen.

Der "verdiente deutsche Politiker" ist der deutsche Bundesminister, der noch immer das Bundesministerium der Verteidigung leiten darf und der sich ausdrücklich und für jedermann erkennbar schuldig machte, einen verdienten deutschen Offizier in aller Öffentlichkeit mit den niedrigsten Methoden aus dem Amte zu jagen, ihn in seiner Ehre und Würde rücksichtslos angegriffen und schwer verletzt hat und danach, als alle verwerflichen Mittel nicht zum Ziele führten, unter dem Druck seines Parteifreundes, des Kanzlers, seine "Fehler" eingestehen mußte.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with 50% recycled paper
Recycled Paper



Gemeint ist Dr. Manfred Wörner, Jurist, 1934 geboren. Welche Verdienste weiß der Herr Staatsminister im Auswärtigen Amt für Herrn Dr. Wörner anzuführen? Sie sind beide Mitglied der CDU. Das kann nicht genügen. Sie sind beide in hohe Staatsämter gelangt. Auch das kann nicht ausreichen.

Wörner hat dem Deutschen Bundestag angehört und war Mitglied des Verteidigungsausschusses - soll das genügen? Von publizistischen Arbeiten Wörners zur Sache, die größere Bedeutung hätten, war bisher nichts zu hören. Auftritte haben keine theoretische Bedeutung gehabt. Es sind jedenfalls keine Vorgänge dieser Art bekannt. Auch von ausländischen Fachleuten haben wir bisher keine irgendwie betonten Äußerungen über Dr. Wörners Leistungen für militärisch wichtige Erkenntnisse erfahren. Was hat es also mit den Verdiensten auf sich, die der Staatsminister im Auswärtigen Amt hervorhebt?

Die Liebe Wörners zur Bundeswehr bestehe in einer emotionalen Gefühlswallung für die Fliegerei, meinte einer, der es wissen mußte. Es scheint sich um eine "seinem Wesen entsprechende Flucht in eine demonstrative Machtfunktion" zu handeln, so ein Abgeordneter einmal in kritischer Distanz zu seinem Fraktionskollegen.

Soviel zu dem Mann, der wie kein anderer vor ihm der Bundesrepublik Deutschland im Inland und Ausland Schaden zugefügt hat.

Daß nun ausgerechnet der Staatsminister im Amt für auswärtige Politik diesen Mann in Schutz zu nehmen sich bemüht, muß umso mehr befremden, als ihm doch nicht nur die Pressestimmen des Auslands bekannt sein müssen, sondern wohl auch, wenn die deutschen Botschaften pflichtgemäß interne und "private", jedenfalls nicht offizielle oder auch nur offiziöse Stellungnahmen berichtet haben.

Nur zu gern wird im Auswärtigen Amt die Kenntnisnahme solcher Meinungsäußerungen abgelehnt, die nicht in die politische Landschaft hierzulande passen. Man weiß im Amt wie anderswo, wie wichtig gerade die informellen Aussagen sein können, die von verantwortlichen Persönlichkeiten nicht auf dem Markt dargeboten werden. Der Bundesverteidigungsminister erklärte im Deutschen Fernsehen, er habe gute Briefe aus dem Ausland bekommen und zwar von wichtigen Persönlichkeiten. Nun denn - es ist eben alles in Ordnung, wenn man genügsam geworden ist und Großsprecherei endlich vermeidet.

Die kritische Presse des Auslands, die seit vielen Jahren nicht so übereinstimmend negativ gegenüber deutschen Vorgängen geschrieben hat wie jüngst, wird unbeeindruckt dem Teil der deutschen Presse zugeordnet, der den Staatsminister im Auswärtigen Amt in Bonn "bedrückt". Offenbar gelten nur amtliche Communiqués als gültige Äußerungen; freie Berichterstattung ist dann unwichtig, wenn sie anders ist als man sie sich wünscht.

In der weltweit beachteten Affäre, die Dr. Manfred Wörner heraufbeschworen hat und die vom Bundeskanzler der Republik als zwar mit Fehlern behaftet, aber sonst tragbar gehalten wird, sind vielerlei Seltsamkeiten an das Licht gekommen. Danach gibt es in der Bundesrepublik eine Presse, die einen Bundesminister "fertig" macht, der sich selbst am eindeutigsten in seiner Wirklichkeit dargestellt hat und es gibt in der Bundesrepublik einen Mangel an Achtung vor "den Interessen unseres Landes". So also verhält sich die Presse oder ein Teil von ihr, wenn ihre Meinung und ihre sachliche Informationsarbeit den Wünschen und Ansichten eines Parteipolitikers im Staatsamt nicht gefällt.

Den Mangel an Achtung vor den Interessen der Bundesrepublik Deutschland hat niemand deutlicher bekundet als der Minister für Verteidigung und haben die bezeugt, die glauben, internationale Beziehungen parteipolitischen Überlegungen unterordnen zu können.
(-/6.2.1984/ks/rs)

+ + +



Im Zeichen der geistig-moralischen Erneuerung...

Zum zynischen Umgang des Sozialministeriums mit einer schwerbehinderten Mutter

Von Erich Berschkeit MdB

Mit Datum vom 7. November 1983 hatte ich die zwei nachfolgenden mündlichen Fragen an die Bundesregierung gerichtet, die aufgrund verschiedener Umstände erst in der Fragestunde am Mittwoch, dem 18. Januar 1984, vom Parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung beantwortet wurden. Der ganze ungeheuerliche Vorgang in dessen Zentrum eine schwerbehinderte Mutter steht, ist aus den beiden Fragen zu entnehmen:

- 1/ Ist es mit der von der Bundesregierung propagierten "geistig-moralischen Erneuerung" und dem Selbstverständnis eines "Sozialministers" vereinbar, wenn der Bundesarbeits- und "Sozialminister" einer auf Grund zweier Krebsoperationen und anderen Gebrechen zu 90 Prozent behinderten Mutter eines 16jährigen noch die Schule besuchenden Sohnes auf einen ihn um Hilfe bittenden Brief antwortet: "Ihre Eingabe vom 23. August 1983 habe ich zuständigkeithalber an den Bundesminister des Innern (?) weitergeleitet. Sie werden von dort weitere Nachricht erhalten.", diese Mutter dann aber am 15. September 1983 vom Bundesjustizminister (?) die Antwort erhält: "Auf Ihr Schreiben vom 23. August 1983 teile ich mit, daß es nicht zu den Aufgaben der Bundesregierung gehört, für den einzelnen Bürger einen Haushaltsplan aufzustellen. Jedermann muß vielmehr selbst entscheiden, wie er das ihm zur Verfügung stehende Einkommen einteilt.?"
- 2/ Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß das Anliegen dieser Bittstellerin, die mit monatlich 488 DM für Ernährung, Kleidung und Körperpflege auskommen muß, so viel wert gewesen wäre, daß der Sozialminister jemanden mit der Prüfung von Möglichkeiten beauftragt hätte, wie ihr geholfen werden könnte, oder die zuständige Stadtverwaltung gebeten hätte, etwaige Hilfsmöglichkeiten für die Frau zu prüfen?

Die Antwort zu Frage 1: "Mit Schreiben vom 23. August 1983 an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat die Einsenderin dem ab 1. August 1983 von ihrem Ehemann zu zahlenden Unterhalt die Ausgaben für sich und ihren 16jährigen Sohn gegenübergestellt und die Bitte ausgesprochen, einen Haushaltsplan für ihren Zweipersonenhaushalt zu erstellen. Das Schreiben wurde an den für Fragen des Unterhaltsrechts zuständigen Bundesminister für Justiz abgegeben und von diesem am 19. September 1983 beantwortet. Auf Grund eines Kanzleiversehens, Herr Kollege, wurde das "J" in der handschriftlichen Abgabeverfügung des Bearbeiters mit einem "I" verwechselt. Deshalb ging die Eingabe der Absenderin zuerst an den Bundesminister des Innern, wurde dann aber an den Bundesminister der Justiz weitergeleitet. Aus den Daten - 23. August 1983, Antwort des Bundesjustizministers am 19. September 1983 - können Sie entnehmen, daß die Eingabe der Petentin umgehend beantwortet worden ist." - Diese Antwort wiederholt praktisch nur den schon in meiner Frage dargelegten Vorgang.

Antwort zu Frage 2: "Herr Abgeordneter Berschkeit, vor Abgabe an den Bundesminister der Justiz hatte ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung der Einsenderin in einem Telefongespräch empfohlen, beim Sozialamt und bei den örtlichen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege um Hilfe nachzusuchen, da sie möglicherweise Anspruch auf Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz habe, dessen Durchführung aber in den Händen der örtlichen Sozialhilfeträger liege. Die Bundesregierung hat - das wurde der Einsenderin in diesem Telefongespräch gesagt - keine Möglichkeit, auf Einzelentscheidungen Einfluß zu nehmen. Die Einsenderin wird schon seit langem vom zuständigen Sozialamt betreut. Sie erhält neben den Unterhaltszahlungen ihres Ehemannes nach der uns gegebenen Auskunft seit September/Okttober 1983 Sozialhilfe."



Hierzu stellte ich die Zusatzfrage: "Herr Staatssekretär, würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß es doch eigenartig anmutet, daß ein Sozialministerium auf die schriftliche Eingabe einer Bittstellerin nicht schreibt, sondern ihr angeblich telefonisch antwortet, und würden Sie zur Kenntnis nehmen, daß die Bittstellerin mir gegenüber bestritten hat, daß jemand, bevor ich diese mündliche Anfrage gestartet habe, von Ihrem Ministerium aktiv geworden ist." Und: "Herr Staatssekretär, würden Sie folgendes zur Kenntnis nehmen: Die Bittstellerin hat nicht, wie Sie darlegen, auf Grund von Telefonaten des Sozialministeriums Verbesserungen vom Sozialamt erhalten, sondern weil ich in dieser Stadt wohne und tätig geworden bin, nachdem ich diese nichtsagende Antwort an die Frau gelesen habe."

Darauf erhielt ich die Antwort: "Dennoch, Herr Kollege, muß ich hier festhalten, daß vor Abgabe des Schreibens an den Bundesminister der Justiz ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung dieser Frau die entsprechenden Hinweise aus unserer Sicht gegeben hat." Auf eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Sperling antwortete der Parlamentarische Staatssekretär: "Herr Kollege Sperling, ich muß Sie noch einmal darauf hinweisen, daß sich das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, obwohl die Eingabe der Einsenderin nicht in den Kompetenzbereich unseres Ministeriums gehört, sofort mit ihr telefonisch in Verbindung gesetzt und sie auf ihre Möglichkeiten hingewiesen hat."

Diese Antworten sind nicht nur eine Lüge, sondern offensichtlich eine Mißachtung des Parlaments, denn auf Befragen am 26. Januar 1984 erklärte die Petentin, daß bei ihr niemand vom Sozialministerium angerufen habe, sondern sie erst nach Erhalt der schriftlichen Antwort des Arbeitsministeriums angerufen habe. Erst wenige Tage vor der Fragestunde, in der diese Fragen zur Tagesordnung standen, wurde vom Sozialministerium beim Sozialamt der Stadt Eschweiler telefonisch angefragt, was aus der Petentin geworden sei. Beim Sozialamt habe vorher kein Vertreter des Sozialministeriums angefragt.

Wie ungeheuerlich dieser ganze in den Fragen aufgezeigte Vorgang ist, läßt sich daraus ersehen, daß sich in der Fragestunde weitere sieben Abgeordnete mit neun weiteren Zusatzfragen daran beteiligten. Tenor dieser Zusatzfragen war, daß die Antworten, die die Petentin erhalten hat, zynisch und herzlos waren.

Wenn das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in der Fragestunde erklärt hätte, dieser Vorgang wäre durch einen Irrtum ausgelöst worden, den man bedaure, hätte ich mich damit zufriedengegeben. Da der Staatssekretär sich aber ganz offensichtlich darum bemühte, den Eindruck zu erwecken, als wäre hier Rechtsens verfahren worden, muß ich mich meinen Kolleginnen und Kollegen anschließen und feststellen, daß diese herzlose und zynische Behandlung der Bittstellerin keinerlei Schuldgefühle beim Sozialministerium hervorgerufen hat. Eigentlich darf man sich darüber nicht wundern, denn die bisherige Behandlung der Sozialschwachen und Hilfsbedürftigen durch diese Regierung bildet die Grundlage für eine solche herzlose Einstellung.

(-/6.2.1984/ks/rs)

+ + +



Abschied von Erika Mustermann?

Zum geplanten neuen Personalausweis

Von Gerhard Schröder MdB

Bis zum Spiegel-Titelbild hatte es jene junge Dame gebracht, deren Foto unter dem Pseudonym Erika Mustermann den Prototyp des geplanten neuen Personalausweises zierte. Damit dürfte es jetzt erst einmal vorbei sein.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung macht die Überarbeitung des "Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise" erforderlich. Das Gericht hatte die Individualsphäre des einzelnen höher bewertet als den Wunsch des Staates nach möglichst umfassender Erfassung der Daten seiner Bürger.

Mit dem geplanten Personalausweisgesetz sollte das verfassungswidrige Personenkenzeichen (PKZ) durch die Hintertür doch noch eingeführt werden.

Der neue Personalausweis soll aussehen wie eine Scheckkarte: Ein 10,5 mal 7,4 cm großes Plastikkärtchen mit Paßbild, Unterschrift und ganz unten eine Kombination von Name und Ziffern, das sogenannte maschinell lesbare alphanumerische Ordnungsmerkmal.

Das Ordnungsmerkmal reicht aus, um mit seiner Hilfe jeden Bundesbürger unverwechselbar zu identifizieren.

Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß der Militärische Abschirmdienst eine Basiskartei "Zersetzung" mit Daten von Walter Jens, Johano Strasser und anderen führte. Es läßt sich unschwer ausmalen, welche Kontrollmöglichkeiten der maschinenlesbare Personalausweis "den Diensten" böte. Die Gefahr besteht, "daß hier eine umfassende Datensammlung über politisch aktive Bürger entstehen könnte", so der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Bull. Denn nicht nur der MAD führte Karteien.

In den Bundesländern führte beziehungsweise führt die Polizei Dateien über Hausbesetzer - so in Berlin -, über Prostituierte und Psychiatriepatienten - so im baden-württembergischen Musterlände - über Pazifisten und Punker in Niedersachsen.

Der neue Personalausweis, kombiniert mit den modernen Computersystemen und den vorhandenen staatlichen Dateien öffnete das Tor zum Überwachungsstaat. Er bedeutete, so der Informatiker Professor Steinmüller, "nicht weniger als die Einführung der ersten Massenkontrolltechnologie eines neuzeitlichen Staates".

Daß er just 1984 eingeführt werden soll, scheint die Ironie der Geschichte. Doch nicht nur das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes steht seiner Einführung entgegen. Die für Anfang 1983 geplante Volkszählung hat die Bürger mißtrauisch gemacht gegenüber staatlicher Datensammelwut.

Das sollten sie bleiben; besonders bei einem Innenminister der Friedrich Zimmermann heißt.
(-/6.2.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Schmude, bekam jüngst einen ausführlichen Brief einer Lehrerin, in welchem diese die Ergebnisse von Aufsätzen zum Thema "Träume mit 13" vorträgt. Im Wesentlichen handelten die Traum-Darstellungen von Ängsten über den Atomkrieg, Umweltkatastrophen und dem Elend in der Dritten Welt. Dr. Schmude schrieb der Lehrerin darauf den folgenden Brief.

"Die Angst darf nicht die Vorherrschaft gewinnen"

"Für Ihren Brief, mit dem Sie mich über das Ergebnis der Umfrage 'Träume mit 13' in der von Ihnen betreuten Klasse unterrichtet haben, danke ich Ihnen. Die von den Schülern aufgeschriebenen Träume sind einfach und verständlich. Die darin ausgedrückten Wünsche sind berechtigt und erfüllbar. Wie ein - böser - Traum muß es demgegenüber erscheinen, daß die Erfüllung dieser Wünsche tatsächlich fraglich oder gefährdet ist.

Ein viel zu großer Teil der Menschheit lebt immer noch in Armut und bitterer Not. Immer weniger bleiben wir von der Herausforderung durch diese Not verschont. Verfolgte Menschen suchen Zuflucht in unserem Land, arme Länder fordern unsere Hilfe für die Bewältigung ihrer Probleme.

Die Menschheit verfügt aber auch über große Reichtümer. Gerade in den westlichen Industrienationen hat sie dazu eine hohe Leistungsfähigkeit entwickelt. Mit beidem müßte es möglich sein, die Not in der Welt erfolgreich zu bekämpfen und auch den in armen Ländern lebenden Menschen wenigstens ein erträgliches Auskommen zu sichern. Möglich muß es auch sein, den Raubbau an der Umwelt nicht weiter fortzusetzen, sondern Frieden mit der Natur zu finden und ihre Schätze, zu denen vor allem Luft und Wasser gehören, zu erhalten.

Leider konzentriert die Menschheit ihre Kräfte nicht auf diese Aufgaben. Umweltschutz muß mühsam durchgesetzt werden. Erst allmählich wächst die Einsicht, daß die Zerstörung unserer natürlichen Lebensbedingungen in jeder Hinsicht mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Vielleicht noch schlimmer sind die riesigen Anstrengungen und Geldmittel, die auf die Rüstung verwendet werden. Mittel, die man dringend für gute und menschenfreundliche Zwecke brauchte, werden in unvorstellbar großem Umfang für Waffen verwendet, die bei ihrem Gebrauch Tod und anderes Leid über die Menschen bringen. Ob die verstärkte Rüstung zur Erhaltung des Gleichgewichts den Frieden durch Abschreckung wirklich erhalten kann, wird mehr und mehr zweifelhaft.

Wir Erwachsenen haben uns an diese schlimmen Zustände und an ihre Fortentwicklung zu sehr gewöhnt. Ein Astronaut, ich glaube, es war Ulf Merbold, hat letzstens beim Anblick der Erde aus dem Weltraum plötzlich ein neues Verständnis von der gefährlichen Unvernunft unseres Handelns gewonnen. Daß 'die da unten' nicht zusammenhalten, um ihren Planeten gemeinsam zu bewahren und friedlich miteinander zu bewohnen, war aus dem Blickwinkel des Astronauten völlig unbegreiflich.



Kinder haben sich nicht an die Gefahren und Mißstände gewöhnt, mit denen wir leben, die wir zugelassen oder auch verschuldet haben. Das ist gut so. So haben sie vielleicht die Chance, es besser zu machen und nicht einfach weiterzumachen. Verständlicherweise haben sie aber auch Angst und Zweifel, ob sie diese Chance überhaupt nutzen können.

In den 'Träumen mit 13' findet sich beides. Die Angst, aber auch der Wunsch, es besser zu machen. Die Angst darf nicht die Vorherrschaft gewinnen. Sie kann mutlos machen und Kräfte lähmen, die dringend gebraucht und erfolgreich eingesetzt werden könnten. Zuversicht andererseits kann man nicht verordnen wie eine Medizin. Man kann sie auch nicht erreichen, in dem man Risiken und Gefahren verharmlost.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch die Aufklärung darüber, daß es Chancen gibt, so lange es die Welt gibt. Statt auf ihr mögliches Ende, statt auf die Verschlechterung zu starren, müssen wir die uns gegebene Zeit nutzen. Man braucht regelmäßig viel Kraft und Ausdauer und damit auch viel Zeit, um Besserungen zu erreichen. Mancher fragt besorgt, ob wir die Zeit überhaupt noch haben. Auch wenn das niemand mit letzter Sicherheit beantworten kann: wir müssen sie nutzen, wir müssen es versuchen.

Ihre Schüler sollten ihre Träume nicht vergessen. Sie sollten sich vornehmen, das Böse darin zu verhindern und das Gute wahrzumachen. Nur so konnten schreckliche Zustände und Mängel anderer Art, die früher die Menschheit peinigten, überwunden werden. Das kann - und muß! - auch jetzt und künftig gelingen."

(-/6.2.1984/ks/rs)

+ + +

